

für Halle monatlich bei zweimaliger
Zustellung 7,50 Mark, vierteljährlich
22,50 Mk., durch die Post monatl.
8,25 Mk., vierteljährlich 24,75 Mk.,
einjährlich Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Am
sonntl. Zeitungserzeichnis unter
Einschließung eingetragen. Für
unverlangt eingegangene Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe. Halle-Zeitung ge-
staltet. Ferner der Schriftleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1103
u. 1133, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

Halle-Zeitung

Die 8 gefaltene 34 mm breite Milli-
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.,
Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen
die 92 mm breite Millimeterzeile
2,50 Mark. Inseraten nahmen an
unsere Geschäftsstellen u. sämtliche
Anzeigengehäfte. Erfüllungsort:
5. alle. Erscheint täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Einschließung und Haupt-
geschäftsstelle: Halle, Neue Drom-
straße 1a, St. Braunhausr. 17.
Leben-Geschäftsstellen: Große
Blanchestraße 32 und Markt 24.
Verlags-Konto Leipzig Nr. 228 15.

Nr. 377.

Halle, Sonntag, den 14. August 1921.

Einzelpreis 30 Pf.

Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen

Vorläufige Beibehaltung der militärischen Sanktionen. — Sitzung des Reichskabinetts.

Wie Frankreich schwindelt.

Wir haben schon im gefrigen Abendblatt angezeigt, daß die Savas-Meldungen aus Paris die Situation, die durch die Entschließung des Obersten Rates geschaffen worden ist, wahrheitsgemäß darstellen. Die Bestätigung unseres Verdachtes wird nun durch eine eigene Drahtmeldung der „B. J.“ aus London gegeben. Darin heißt es: Der englische Fremdenminister steht in formellem Gegensatz zu der gestern abend gegebenen Darstellung bezüglich der Frage, wie weit der Völkerverbund eine Entscheidung über Oberschlesien zu fällen hat. Gehten wir die Ansicht vorberichten, daß der Völkerverbund die Entscheidung selbst treffen sollte. Diese Darstellung entspricht nicht völlig der Ansicht Lloyd Georges. Würde sie richtig sein, so müßte es sich um einen Streitfall zwischen Deutschland und Polen handeln, zu dessen Lösung der Völkerverbund seinen Spruch fällen sollte. Es handelt sich aber vielmehr um einen Streitfall zwischen England und Italien einerseits und Frankreichs andererseits. Das zu erwartende Urteil des Völkerverbundes wird daher entsprechend der Verabredung zwischen Lloyd George und Briand auch nur für England, Italien und Frankreich verbindlich sein. Nach dem Friedensvertrage ist Deutschland verpflichtet, die Entscheidung des Obersten Rates, aber nicht die des Völkerverbundes als Lösung der ober-schlesischen Frage hinzunehmen. Der Oberste Rat wird daher, nachdem der Völkerverbund seine Entscheidung gefällt hat, zummenter und das Urteil des Völkerverbundes formell als Entscheidung des Obersten Rates bestätigen, um den Bestimmungen des Friedensvertrages Genüge zu tun.

Daß Frankreich tatsächlich eine bedeutende Niederlage erlitten hat, kann derjenige, der die Zeichen der Zeit verstehen will, aus der Haltung der Pariser Presse ohne weiteres erkennen. Die Zeitungen verhehlen ihre große Enttäuschung nicht, und sind besonders unzufrieden mit der Haltung der Italiener, von der man sich in Frankreich Besseres erhofft hatte. Doch läßt sich Willen im „Petit Parisien“: „Man wird der französischen Regierung keinen Vorwurf daraus machen können, wenn sie nicht wünscht, Europa durch S. T. Carlin zu gefährden. Sie scheint darum entschlossen, den Spruch des Völkerverbundes anzunehmen, selbst wenn er nicht einstimmig erfolgt.“

Dieses Gebändnis ist wichtig. Es heißt, daß Briand sich vom Völkerverbund majorisieren lassen will. Im Obersten Rat verweigerte er Anerkennung jedes Majoritätsbeschlusses gegen Frankreich und verlangte Einstimmigkeit? Weiter heißt es im „Petit Parisien“: Frankreich könnte Obstruktion treiben, das wäre leicht, aber es wird es nicht tun. Schließlich wird sich Frankreich freuen, von dem bösen Traum des schließlichen Streites befreit zu sein.

Auch in diesem Sach Willens ist ein Gebändnis enthalten: daß nämlich eine Gewalt- und Sonderpolitik Frankreichs wegen Oberschlesien gar keinen Rückhalt im französischen Volke fände, das der Streiffrage äußerst kühl gegenübersteht?

„Matin“ vertritt auch einiges, wenn er sagt: Frankreich könnte vielleicht im Augenblick, trotz allem seinen Willen durchgehen, denn es hat die mächtigste Arme der Welt. Aber es muß sich doch sehr überlegen, ob es rundum Feindseligkeiten in einem Augenblick und unter Bedingungen erwarten will, die die allerungünstigsten sind.

„Echo de Paris“ verurteilt Briand ganz und gar. Man könne nicht mehr von einer französischen Politik sprechen. Denn im Völkerverbund werde der französische Standpunkt endgültig abgelehnt werden. Die chinesische Regierung, die kaum in Peking zu befehlen habe, werde über Oberschlesien entscheiden. Und in der Zukunft wird man uns auch mit allen unferen anderen politischen Wünschen vor den Völkerverbund schleppen. Der Zusammenbruch der Entente und des Obersten Rates ist vollständig.

„Journal“ mahnt zur Ruhe, schließt aber mit der Drohung: Frankreich werde nicht zugeben, daß alle Friede seines Sieges vernichtet werden.

„Gaulois“ verläßt die gesundende Lösung und verhömt die Autoritätslosigkeit des Völkerverbundes. „L'Homme Libre“ sagt: Wir wußten, daß Lloyd George Deutschland Oberschlesien verprochen hat, aber wir wußten nicht, daß er ihm auch verriep, unser Antlitz in den Staub zu beugen.

Wie unbequem den Franzosen der Verlauf der Dinge ist, erkennt man aus Erklärungen Louchet's, der sich vergeblich Mühe gibt, die französische Niederlage in einen Erfolg umzuwandeln. In einer Mitteilung an „Echo de Paris“ bezeichnet er die getroffene Entscheidung des Obersten Rates als ausgezeichnet und als einen großen Erfolg für Frankreich. Der vom Obersten Rat einstimmig gefaßte Beschluß sei in einer so außerordentlich schwierigen Lage der einzig vernünftige gewesen. Frankreich habe nur darum loenergisch an seinem Standpunkt festgehalten, weil er ihm

der Gerechtigkeit und den Bestimmungen des Vertrages von Versailles zu entsprechen schien. Was die Form des Schiedspruches anlangt, so werde er dem Völkerverbund und nicht der Völkerverbundvollversammlung, wie einige Fraktionär irrtümlich behaupteten, vorbehalten sein. Das Resultat sei folgendes: Frankreich habe seinen Standpunkt aufrechterhalten, und die Entente lebe weiter. Louchet erklärte zum Schluß, daß er in den vom Völkerverbund zu fällenden Schiedspruch volles Vertrauen habe.

Wenn man das sieht, dann kann man allerdings nicht anders, als die Mentalität der Franzosen pathologisch zu betrachten. Und man ist versucht auszurufen: Herr vergiß ihnen; den sie wissen nicht, was sie tun.

Die Sanktionen.

Die getrigge Sitzung des Obersten Rates begann um 10 Uhr 40 Min. vormittags. Zur Teilnahme wurden die militärischen Sachverständigen geladen. unter denen sich Marshall Foch, General Weygand, General Allen, der Oberbefehlshaber der amerikanischen Besatzungstruppen am Rhein befinden. Außerdem ist Tirard geladen. Auf der Tagesordnung steht außer anderen Fragen die Frage der Sanktionen.

Paris, 13. August. Der Oberste Rat hat in seiner heutigen Nachmittagsitzung beschlossen, die wirtschaftlichen Sanktionen unter der Reserve aufzuheben, daß Deutschland am 31. August seine Verpflichtungen erfüllt, das heißt eine Milliarde Goldmark bezahlt, gemäß dem Ultimatum von London. In einer eindringlichen Rede von Ministerpräsident Briand wurde beschlossen, augenblicklich die militärischen Sanktionen beizubehalten.

Eine offizielle französische Meldung.

Savas verbreitet die folgende Erklärung: Die Verweigerung der Frage der Teilung Oberschlesiens an den Völkerverbund wurde in französischen Konferenzen gütig aufgenommen, welche ihre wirkliche Verteidigung darüber zum Ausdruck bringen, daß diese heikle und verwickelte Frage damit aus dem Bereich ihrer Belange ausscheidet. In der Tat fanden sich auch nach vierstägiger Beratung die englische und französische Missionen sehr gegenüber. Die Tage schien am Donnerstag durchaus befriedigend, da sowohl Italien als auch Japan sich zu dem englischen Gegenwart bekamen, während Frankreich allein keine Ansicht stark aufrechterhielt, weil eine solche Grenzführung für Polen ein wahrer Hohn wäre. Trotz aller Gründe, die ihm seine Haltung zur gebietlichen Pflicht machte, konnte Frankreich sich doch nicht dem Vorwurf ausweichen, nur durch seine Hartnäckigkeit das Werk des Obersten Rates zum Scheitern gebracht zu haben. Briand war der Ueberzeugung, man müsse aus der Sachlage heraus, in die der Oberste Rat sich verfahren hatte, um zu vermeiden, daß Frankreich ganz allein dastünde, daraufhin erklärte er sich mit dem Schiedspruch des Völkerverbundes einverstanden. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung bis zur Entscheidung und sodann zur Durchführung der Entscheidung werden Frankreich, Italien und England Verärgerungen erlitten und dabei auf den Standpunkt zurücktreten, den bereits vor dem Zusammentritt des Obersten Rates die französische Diplomatie vertreten hatte. Um die ganze Lösung nochmals zusammenzufassen, kann gesagt werden, daß das vom Obersten Rat angenommene Verfahren zu einer Entscheidung führen werde, die durchaus unparteiisch ist und von keiner Seite angefochten werden kann.

Englische Ansichten.

Die Verweigerung der ober-schlesischen Frage an den Völkerverbund wird von den Blättern allgemein begrüßt, weil hierdurch der Bruch der Entente vermieden und der Autorität des Völkerverbundes Anerkennung zuteil werde. „Daily Telegraph“ schreibt, er glaube, der drohende Bruch sei vermieden. Entweder eine oder etwas leichter. Das ober-schlesische Problem sei nicht gelöst, aber auf jeden Fall überwunden. Der Berichterstatter des „Daily Telegraph“ sagt, er glaube, daß die Entscheidung des Problems wohl nicht sehr von den Prinzipien, die der Sforza-Verein zugrunde liegen, abhängt. Die „Times“ schreibt: Die Konferenz des Obersten Rates in Paris habe mit Fiasko geendet. Um die ersten internationalen Folgen zu vermeiden, die aus der endgültigen Beschließung der tiefschenden Meinungsverschiedenheiten zwischen der englischen und französischen Meinung entstehen würden, sei beschlossen worden, die ober-schlesische Frage an den Völkerverbund zu verweisen. Ein endgültiger Bruch sei dadurch vermieden worden. Die Tatsache sei jedoch demien, daß innerhalb der Entente zwei einander stark gegenüberstehende Ansichten bezüglich der Haltung, die Deutschland gegenüber eingenommen werden müßte, vorhanden seien. Die Verweigerung der ober-schlesischen Frage an den Völkerverbund sei ein Zustandnis

des Bankrotts jener äußerst anormalen Einrichtung des Obersten Rates, der der Entente schwerere Schädigungen zugefügt habe, als im Kriege die schlimmsten Feinde. Die „Times“ rügt die ober-schlesische Frage ist jetzt nicht mehr die brennende Frage der englisch-französischen Beziehungen, sondern das Problem, das im Interesse des Weltfriedens schnellstens gelöst werden müsse. Das Blatt meint, die Lösung des Obersten Rates sei vorüber, er habe jetzt zu geanden, daß er verärgert sei. Er übergebe seine Autorität dem Völkerverbund. „Daily News“ erklärt, seine Autorität, an den Völkerverbund herantritt, ist nicht nur ein Ziel der Selbstherabwürdigung, sondern der letzte Zufluchtsort in der verwickelten Lage. Der Oberste Rat werde durch seinen Tod der Entente mehr Augen bieten als durch seine ewigen Streitigkeiten.

Weitere französische Stimmen.

Berlin, 13. August. „Echo de Paris“ weist aus, Lloyd George, der sich schon rühme, daß Italien und Japan seine These angenommen hätten, brauche keine großen Anstrengungen zu machen, um seine Sache zum Siege zu führen. In diesem ober-schlesischen Prozeß ist ihm Frankreich ausgeliefert. Man hätte dem englischen Staatsmann die Ueberzeugung beibringen müssen, daß, um die Ausführung des Friedensvertrages von Versailles sicherzustellen, Frankreich nicht zögern werde, auf dem rechten Aheinufer zu handeln, mit einem Wort, man hätte die Politik anzuwenden müssen, die Ministerpräsident Willerdand am 6. März 1920 definiert habe und die nun fast Jahren gradezu abgedreht. Frankreich habe auf das Recht der direkten Handlung verzichtet. Zudem man den Völkerverbund anrufe, füge man zu allen Kräften, die in England und anderwärts seit dem Waffenstillstand gegen Frankreich arbeiten, noch eine hinzu. Man habe wieder die Entente Cordiale, nach den Obersten Rat getrett.

Das „Journal“ hebt hervor, daß die Ueberweisung an den Völkerverbund eine um so ernsterer Aufgabe sei, als sie zur ersten Folge habe, aufs neue Amerika von den internationalen Beziehungen zu entfernen, nachdem man seine Mühsal mit um so größerer Freude begrüßt habe. Das Blatt will Briand seinen Vorwurf machen, denn er habe den Interessen Frankreichs mit der ganzen Macht seiner Ueberzeugung gebietet, aber er sei auf die hartnäckige und vorgefaßte Meinung von Lloyd George und Lord Curzon gestoßen, die sich immer mehr und mehr zu Professoren der Geschichte Deutschlands aufwerfen. Briand habe es zum Bruch kommen lassen oder den Ausweg annehmen müssen, den Lloyd George ihm angeboten habe. Das Blatt ist infolgedessen zufrieden, als es erklärt, die lange Erfahrung lehre, daß in der Politik Zeit gewinnen, viel gewinnen heiße.

„Populaire“ sagt, der getrigge Beschluß sei ein Zustandnis der falschen Art und Weise, mit der die Alliierten das ober-schlesische Problem bei Abschluß des Friedensvertrages gestellt hätten. Die Unfähigkeit, die Lösung zu finden, sei nur eine Folge der Tatsache, daß diese Frage nicht ausschließlich eine englisch-französische sei.

Verhandlungen in Berlin.

Sonnabend mittag trat die Reichsregierung zu einer Kabinettsitzung zusammen, in der sie sich neben der Bescheidung anderer Fragen vor allem mit der durch den vorläufigen Ausgang der Pariser Verhandlungen geschaffenen Lage in der ober-schlesischen Frage befaßte. Ueber den Gang und die Ergebnisse der Pariser Verhandlungen wurde die deutsche Regierung bisher amtlich noch nicht in Kenntnis gesetzt.

Aus Oberschlesien.

Das „Berl. Tagebl.“ meldet aus Beuthen: Freitag abend gegen 9 Uhr wurde das Schlafhaus Hohenzollernstraße von Polen überfallen, die mit Gewehren, Handgranaten und Gummistiefeln bewaffnet waren. Die Insassen des Schlafhauses wurden jähm mhandelt und mußten flüchten. Als eine Abteilung Engländer nahte, waren die Banditen verschwunden. In Tarnowitz rüdten am Freitag 80 Mann polnische Infanterie ein, die als Grenzschutz bestimmt sind. Ein von ihnen verurlichter Umzug durch die Stadt wurde durch die Engländer verhindert. Diese nahmen einen Teil der Polen fest.

Die antipolnische Bewegung

in Pless-Kybnit.

Der Berichterstatter der „Daily Mail“ erklärt in einem Bericht aus Oppeln, in Ansbund und Pless, die durch die polnische Vorherrschafft und die französische Weichung von den Deutschen abgelehnt wären und ohne Bewilligung von deutscher Seite, schein die Bewegung gegen die Vereingung mit Polen aufrecht zu sein. Es schein wegen der schlechten Finanzlage eine wirtschaftliche Unerträglichkeit zu sein, die beiden Bezirke unter polnische Herrschaft zu stellen.

